



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 21.06.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 06.05.2010, 15:30 Uhr bis 17:55 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Jochen Ott SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach SPD

Frau Monika Schultes SPD

Herr Dr. Walter Schulz auf Vorschlag der SPD

Herr Bernhard Ensmann CDU

Frau Hildburg Holländer CDU bis 17:43 Uhr anwesend (bis TOP 9.2.1)

Herr Peter Krücker auf Vorschlag der CDU

Herr Henk van Benthem CDU Vertreter für Herrn Kienitz

Herr Ossi Werner Helling GRÜNE

Herr Horst Ladenberger auf Vorschlag der Grünen

Frau Marion Lüttig GRÜNE

Frau Katja Hoyer FDP

Frau Regina Wilden auf Vorschlag von pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski auf Vorschlag der SPD

Frau Lisa Steinmann	auf Vorschlag der SPD	ab 15:53 Uhr anwesend (Vortrag zu 4.6)
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU	
Frau Ilse Stibbe	auf Vorschlag der CDU	
Frau Antje Fratini	FDP (auf Vorschlag der Grünen im Rat gewählt)	
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Ellen Sänger	auf Vorschlag der pro Köln	
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Frau Annelie Appelmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region	bis 17:15 Uhr anwesend
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.	
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.	
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde Köln	

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst		V
Frau Ina-Beate Fohlmeister		V/2
Frau Maria Kröger		15
Herr Josef Ludwig		56 + 5620
Herr Klaus Müller-Starmann		50/0 ARGE
Herr Hans-Jürgen Oster		501
Frau Johanna Preßmar-Cuber		V/1
Frau Marita Reinecke	Behindertenbeauftragte	V/3
Herr Stephan Santelmann		50

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer		V/1
---------------------	--	-----

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Carolina Brauckmann	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.

Frau Cornelia Harrer

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband,
Kreisgruppe Köln e.V.

Der Ausschussvorsitzende Herr Ott verweist auf die aktuelle Tagesordnung, bei der die Zusetzungen in fett und die Absetzungen unterstrichen gedruckt sind.

RM Herr Ensmann regt an, in künftigen Tagesordnungen die Zu- und Absetzungen mit dem jeweiligen Begriff anstelle der fetten bzw. unterstrichenen Schreibweise zu kennzeichnen.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

Der Vorsitzende Herr Ott schlägt außerdem vor, den Tagesordnungspunkt 4.6 am Anfang der Sitzung zu beraten.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohner/innen gem. § 5 der Hauptsatzung
- B. Beschluss über das Hinzuziehen von Sachverständigen gem. § 36 Abs. 4 GeschO zur Beratung über TOP 4.6 "Ergebnisse des Forschungsprojektes "Rechtsextremismus im türkischen Milieu", Teil I: Rahmenbedingungen des Rechtsradikalismus""

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU vom 11.03.2010 gem. § 4 Geschäftsordnung des Rates für den Gesundheitsausschuss (AN/0526/2010)
1621/2010
- 3.2 Maßnahmen für Wohnungslose im Rahmen der Winterhilfe
1685/2010
- 3.3 Planungen 2009 zu Seniorenpolitik
1843/2010

- 3.4 Anfrage von Herrn Ott zum aktuellen Sachstand zur Einrichtung des Referats für Lesben, Schwule und Transgender
1926/2010

4 Mitteilungen

- 4.1 2. Aktionstage "gesund & mobil im Alter" finden am 29. und 30. September 2010 im Gürzenich Köln statt
1410/2010
- 4.2 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen,..." fand sehr großen Anklang
1409/2010
- 4.3 Vorläufiges Leitbild der Kölner Interkulturellen Zentren
1227/2010
- 4.4 Förderung von Partizipation in benachteiligten Stadtvierteln
Mitteilung über die Ergebnisse der Abfrage bestehender und erforderlicher Angebote bei der LIGA der Wohlfahrtsverbände
1036/2010
- 4.5 Fachtagung und öffentliche Podiumsdiskussion aus Anlass des Weltgesundheitstages am 07.04.2010 zum Thema "Gesundheitsförderung in Städten - Armut und Gesundheit"
1697/2010
- 4.6 Ergebnisse des Forschungsprojektes "Rechtsextremismus im Türkischen Milieu,
Teil I: Rahmenbedingungen des Rechtsradikalismus"
1690/2010
- 4.7 Persönliches Budget beim Rehabilitationsträger: Amt für Soziales und Senioren
Bericht für das Jahr 2009
1495/2010
- 4.8 Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 22.04.2010 hier: Resolution des Rates der Stadt Köln zur Neuorganisation der Grundversicherung für Arbeitssuchende
1814/2010

5 Wohnen

- 5.1 Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
1455/2010

6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

6.1 Sachstand zur Neuorganisation des SGB II
1492/2010

6.2 Bericht aus der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
Hier: Controllingdaten aus März 2010 u.a.
1857/2010

7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 05/2010
1877/2010

8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

9.1.1 WinWin für Köln?
hier: Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 11.01.2010
AN/0057/2010

Antwort der Verwaltung
0724/2010

9.1.2 Auszahlungsstopp für Empfänger von SGB II-Leistungen wegen Krankenkassenwechsel
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 12.04.2010
AN/0649/2010

Antwort der Verwaltung
1831/2010

9.1.3 Ermessungsbindungen bei Förderentscheidungen
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.03.2010
AN/0546/2010

Antwort der Verwaltung
1562/2010

9.1.4 Brandbrief der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.04.2010
AN/0650/2010

Antwort der Verwaltung
1579/2010

- 9.1.5 Sozialwohnungen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2010
AN/0365/ 2010

- 9.1.6 Von der ArGe geförderte Maßnahmen nach SGB III, § 46
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 30.03.2010
AN/0595/ 2010

Antwort der Verwaltung
1884/2010

- 9.1.7 Qualifizierungsmaßnahmen in Köln
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 01.03.2010
AN/0409/ 2010

Antwort der Verwaltung
1289/2010

- 9.2 Aktuelle Anfragen

- 9.2.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
04.05.2010
AN/0872/2010

- 9.2.2 Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtvierteln
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.05.2010
AN/0895/2010

- 10 **Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen****

- 11 **Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse****

- 12 **Ausschussempfehlungen an den Rat****

- 12.1 Neustart Wohnungsbauforum Köln
1407/2010

- 12.2 Finanzierung der Wohnraumberatung durch "wohn mobil" in Trägerschaft von
PariSozial gGmbH/DPWV ab 01.07.2010
1185/2010

- 12.3 Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen (Az.: 02-
1600-92/09)
0306/2010

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

14 Anfragen

- 14.1 Antwortschreiben der Kämmerei bezüglich des Brandbriefes der Liga der Wohlfahrtsverbände
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann
- 14.2 Finanzierung der Vorsorgemappe der Seniorenvertretung hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann
- 14.3 Sachstand Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige KAD II
hier: mündliche Anfrage von SE Herrn Klein
- 14.4 Vorfall in der Nürnberger Str., Köln-Höhenberg, am 13.04.2010
hier: mündliche Anfrage des Vorsitzenden Herrn Ott
- 14.5 Mitteilung zu Festsetzungsmöglichkeiten für den öffentlich geförderten Wohnungsbau aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss am 18.03.2010
hier: mündliche Anfrage von dem Vorsitzenden Herrn Ott

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Einwohner/innen gem. § 5 der Hauptsatzung

In der heutigen Sitzung sind keine Verpflichtungen vorzunehmen.

B. Beschluss über das Hinzuziehen von Sachverständigen gem. § 36 Abs. 4 GeschO zur Beratung über TOP 4.6 "Ergebnisse des Forschungsprojektes "Rechtsextremismus im türkischen Milieu", Teil I: Rahmenbedingungen des Rechtsradikalismus""

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Herren Prof. Bukow und Dr. Tekin gem. § 36 Abs. 4 GeschO als Sachverständige zu TOP 4.6 zu hören.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU vom 11.03.2010 gem. § 4 Geschäftsordnung des Rates für den Gesundheitsausschuss (AN/0526/2010) 1621/2010

RM Frau Schmerbach bittet um Auskunft darüber, wie das wichtige Patenprojekt, in dem psychosozial belastete Familien mittelfristig Begleitung erfahren, über 2011 hinaus sichergestellt werden könne.

Herr Dr. Wegner sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

3.2 Maßnahmen für Wohnungslose im Rahmen der Winterhilfe 1685/2010

RM Herr Ensmann bedankt sich für die Darstellung, insbesondere den Vergleich zu den anderen Städten. Er sei erfreut, dass Köln bezüglich der Winterhilfe so gut aufgestellt sei.

RM Herr Helling schließt sich dem Lob an. Herr Helling bezieht sich weiter auf den letzten Satz der Mitteilung und lobt die Anstrengungen der freien Träger, die dafür sorgen, dass es im Obdachlosenbereich im Winter keine dramatischen Situationen gebe.

3.3 Planungen 2009 zu Seniorenpolitik 1843/2010

RM Herr Ensmann bittet darum, diese Mitteilung auch der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zur Kenntnis zu geben.

Herr Ensmann fragt außerdem, in welchem Zeitrahmen die Verwaltung die Themen weiterverfolgen werde.

Herr Santelmann erläutert, die Verwaltung erarbeite zurzeit ein „Konzept zur Sicherstellung der Lebensqualität und der selbstbestimmten Lebensplanung der Menschen in der Regel über 60 Jahre bis 2015“. Die Ergebnisse werde die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen dem Ausschuss vorstellen.

RM Frau Hoyer bittet um einen Überblick über Menschen mit Migrationshintergrund in stationärer Pflege in städtischen Einrichtungen.

SB Herr Dr. Schulz nimmt Bezug auf einen gemeinsamen Handlungsansatz der Verwaltung mit der ARGE zur Bekämpfung von Altersarmut bei Transferbeziehern. Er fragt, wann hier mit Ergebnissen gerechnet werden könne.

Herr Santelmann erklärt, das Thema sei in die Zielvereinbarung mit der ARGE aufgenommen worden. Hieran wolle man intensiver arbeiten. Herr Santelmann sagt zu, das Thema im Ausschuss vorzustellen, wenn man weiter vorangekommen sei.

3.4 Anfrage von Herrn Ott zum aktuellen Sachstand zur Einrichtung des Referats für Lesben, Schwule und Transgender 1926/2010

SB Frau Wilden vertritt die Auffassung, dass es sich bei der Einrichtung des LST-Referates nicht um eine kostenneutrale Lösung handele.

Der Vorsitzende Herr Ott stellt hierzu fest, dass der Ratsbeschluss zur Kostenneutralität weiterhin gelte.

RM Frau Lüttig fragt, wie die Zeitplanung der Verwaltung für die Besetzung der Stellen des LST-Referates aussehe.

Frau Bredehorst nimmt Bezug auf die in der Verwaltung vorhandene Arbeitsteilung. Zurzeit befinden sich die Ausschreibungstexte im Mitzeichnungsverfahren bei den beteiligten Dienststellen. Eine genauere Einschätzung zur Zeitplanung kann Frau Bredehorst nicht vornehmen.

4 Mitteilungen

4.1 2. Aktionstage "gesund & mobil im Alter" finden am 29. und 30. September 2010 im Gürzenich Köln statt 1410/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.2 Fachtagung "Traumatische Erfahrungen in der Lebensgeschichte alter Menschen - erkennen, verstehen,..." fand sehr großen Anklang 1409/2010

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.3 Vorläufiges Leitbild der Kölner Interkulturellen Zentren 1227/2010

RM Herr Ensmann merkt an, dass Zwischenberichte nicht immer sinnvoll seien. Die CDU-Fraktion hätte in diesem Fall durchaus bis zu der Vorlage eines endgültigen Ergebnisses warten können.

RM Herr Helling hält dies für eine Frage der Transparenz und lobt, dass die Verwaltung über den derzeitigen Stand informiere. Wesentliche Impulse der Weiterentwicklung von Arbeit am sozialen Köln gehen nicht nur von der Verwaltung oder Politik aus, sondern auch von der Tätigkeit von Gruppen, Initiativen und Trägern. Der Zwischenbericht zeige den derzeitigen Stand der Diskussion auf.

SB Herr Dr. Schulz ist ebenfalls froh, dass es einen Zwischenbericht gebe und schließt sich den Ausführungen von Herrn Helling an.

4.4 Förderung von Partizipation in benachteiligten Stadtvierteln Mitteilung über die Ergebnisse der Abfrage bestehender und erforderlicher Angebote bei der LIGA der Wohlfahrtsverbände 1036/2010

Dieser TOP wird zusammen mit der Anfrage der SPD-Fraktion behandelt, die unter 9.2.2 als Tischvorlage vorliegt.

Der Vorsitzende Herr Ott schlägt außerdem vor, die Mitteilungsvorlage zusammen mit der Beantwortung zu der Anfrage TOP 9.2.2 in einer der nächsten Sitzungen in einer Gesamtschau erneut zu beraten.

Frau Bredehorst stellt dar, warum die Verwaltung die Mitteilung zur heutigen Sitzung erstellt habe.

Die Verwaltung habe in Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsverbänden und den Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren diese Untersuchung durchgeführt. Sie erhebe jedoch keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Bei der Liste seien nicht nur diejenigen Projekte aufgeführt worden, bei denen die Stadt Zuschüsse gebe und auch nicht nur die Projekte, die sich als Gemeinwesenarbeit titulieren.

Frau Bredehorst gibt zu bedenken, dass die 11 Sozialraumgebiete nicht alle Gebiete der Stadt umfassen. Sie betont, dies stelle eine Einschränkung für die Auflistung der Verwaltung dar. Eine vollständige Erfassung erscheine ihr nur mit Hilfe einer empirischen Erhebung möglich. Hierzu habe die Verwaltung jedoch nicht die notwendigen Haushaltsmittel.

Der Vorsitzende Herr Ott hält diese letzte Auffassung von Frau Bredehorst nicht für nachvollziehbar. Entscheidend sei die Definition von Gemeinwesenarbeit und Partizipation.

Herr Ott spricht sich für eine Gesamtschau aus der Sicht aller Verwaltungsbereiche (z.B. Soziales, Jugend und Stadtentwicklung) aus, um politisch bewerten zu können, in welchen Bereichen Defizite bestehen und wo die Stadt gut aufgestellt sei.

RM Herr Helling hält zunächst eine genaue Definition der Begriffe „Gemeinwesenarbeit“ und „Partizipation“ und das Verhältnis der Begriffe zueinander für erforderlich. Da es sich um ein sehr kompliziertes Thema mit vielfältigen Ansätzen handele, werde eine sehr lange Zeit benötigt, um einen genauen Überblick über die Problematik zu bekommen.

Ausgehend von der Annahme, dass ISSAB die Umsetzung von Leitzielen untersuchen sollte, fragt Herr Helling, inwieweit in der bisherigen ISSAB-Untersuchung zusätzliche Informationen geliefert werden, die über das hinausgehen, was die heutige Mitteilung der Verwaltung liefere. Wenn seine Einschätzung zutreffe, dass Partizipation eines der Leitziele der ISSAB-Untersuchung sei, bittet er diese Erkenntnisse ebenfalls in die Debatte einfließen zu lassen.

Entscheidend sei auch, wie sich Partizipation in das gesamte Netz der Sozialräume einordnen lasse.

RM Herr Ensmann erklärt, Gemeinwesenarbeit werde schon seit geraumer Zeit im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen gefördert.

Herr Ensmann versteht die Mitteilungsvorlage so, dass es sich hier um eine Liste handele, die deutlich mache, welche Projekte noch zusätzlich sinnvoll seien. Da die entsprechenden Haushaltsmittel jedoch nicht zur Verfügung stehen, sollten zunächst die vorhandenen Projektbestände gesichert werden.

Die CDU-Fraktion nehme diese Mitteilungsvorlage daher nur zu Kenntnis.

SE Herr Kersjes macht deutlich, es handele sich bei der Aufstellung nicht um eine Wunschliste der Liga der Wohlfahrtsverbände. Als die Verwaltung mit der Bitte an die Liga herangetreten sei, habe man sich mit einer entsprechenden Auflistung sehr schwer getan. Der Aufwand, einen Gesamtüberblick über alle Angebote von Gemeinwesenarbeit herzustellen, sei enorm.

Daher habe man sich auf die Evaluation der sozialraumorientierten Hilfsangebote beschränkt und die Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren dazu befragt.

Herr Kersjes stellt heraus, dass dieses Ergebnis keinesfalls eine Gesamtschau darstelle und nicht alle Fragen beantworten könne. Daher spricht sich Herr Kersjes für eine allgemeine Klärung der Zielrichtung aus.

RM Frau Schmerbach spricht sich ebenfalls dafür aus, die Liste nach Stadtteilen geordnet zu vervollständigen und bezieht sich auf die Anfrage der SPD-Fraktion. Diese Auflistung könne deutlich machen, ob es einen höheren Bedarf gebe oder ob ggf. auch Parallelstrukturen bestehen.

RM Frau Hoyer hält ebenfalls einen Überblick über die bestehenden Strukturen für notwendig, um überhaupt diskutieren zu können, wohin die Zielrichtung führen solle.

SB Frau Wilden schlägt vor, falls zur Förderung der Gemeinwesenarbeit weitere Personalstellen benötigt werden, sollten die Stellen hier anstatt für das LST-Referat eingesetzt werden.

SE Frau Stahlhofen spricht sich ebenfalls dafür aus, Gemeinwesenarbeit klar zu definieren und zu überlegen, in welchen Stadtteilen diese eingesetzt werde.

Frau Bredehorst betont, bei den Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren sei nach den unterstützenden Strukturen durch Aktivierungs- und Befähigungsarbeit zur Bewohnerbeteiligung gefragt worden.

In der Aufstellung seien auch Jugendeinrichtungen und Mieterinitiativen inbegriffen.

Ein Überblick über alle Stadtteile sei sicher wünschenswert, jedoch in personeller Hinsicht nicht leistbar.

Der Vorsitzende Herr Ott widerspricht dieser Auffassung. Es gebe nicht nur im Sozialbereich, sondern auch in anderen Bereichen der Verwaltung Strukturen von Gemeinwesenarbeit.

In der Lenkungsgruppe für Sozialraumorientierung habe man vor fünf Jahren u.a. die Kämmerei gebeten, nachzuhalten und darzustellen, wie viel an Geldressourcen in welche Sozialräume fließen, um eine Übersicht zu erhalten.

Um für die Zukunft entscheiden zu können, bittet er einen stadtweiten, transparenten Überblick für die einzelnen Stadtbezirke zu erstellen. Dabei nimmt er Bezug auf die SPD-Anfrage und erklärt, es gehe dabei nicht um jedes Kleinstprojekt, das gefördert werde, sondern zunächst um Basisinformationen, z.B. darum, welche Stadtteilzentren es gebe.

SE Frau Hollmann hält es zunächst für erforderlich, fachlich zu klären, was man unter Gemeinwesenarbeit bzw. unter Partizipation zu verstehen habe. Sie befürchtet, dass sich diese Aufstellung zu einem Instrument zur Kürzung entwickeln könne.

Der Vorsitzende Herr Ott weist diese Vermutung, dass es sich um ein Instrument zur Kürzung handeln könnte, entschieden zurück.

Herr Ott betont abschließend, für die Ausschussmitglieder sei nicht geklärt, was die einzelnen Begriffe tatsächlich bedeuten. Dies sei zunächst das Kernproblem, wenn man über diese Thematik diskutiere.

Er wirbt dafür, die Diskussion fortzusetzen, wenn die Verwaltung die Beantwortung vorlege.

**4.5 Fachtagung und öffentliche Podiumsdiskussion aus Anlass des Weltgesundheitstages am 07.04.2010 zum Thema "Gesundheitsförderung in Städten - Armut und Gesundheit"
1697/2010**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.6 Ergebnisse des Forschungsprojektes "Rechtsextremismus im Türkischen Milieu,
Teil I: Rahmenbedingungen des Rechtsradikalismus"
1690/2010**

Der Projektleiter Herr Prof. Bukow und der Autor der Studie Herrn Dr. Tekin stellen in einem Kurzvortrag dar, wie sie mit dem Auftrag der Verwaltung umgegangen und welche Ergebnisse im ersten Teil der Studie erzielt worden seien.

Herr Prof. Bukow fügt hinzu, im ersten Teil sei es um eine theoretische Orientierung im Rahmen des Forschungsprojektes „Zur gesellschaftlichen Relevanz des Rechtsradikalismus im türkischen Milieu allochthoner Jugendlicher und Heranwachsender“ gegangen.

Der zweite Teil der Studie, der die empirische Erfassung vorsehe, stehe noch aus. Die Finanzierung des zweiten Teils sei derzeit noch nicht geklärt. Da vorauszusehen ist, dass die Finanzmittel der Stadt, wie auch beim ersten Teil, nicht ausreichen werden, werde die Universität sich sicherlich auch hieran wieder in gewissem Maße beteiligen.

Der Vorsitzende Herr Ott nimmt die Kritik bezüglich der offenen Finanzierungssituation des zweiten Teils der Studie auf. Es gelte, diesbezüglich eine gemeinsame Lösung mit Stadt und Universität zu finden.

RM Herr Helling hält es für wichtig, dass in einer zweiten Stufe die empirischen Untersuchungen über die Situation in Köln vorgenommen werden. Für den Ausschuss sei es danach wichtig, dass die Erkenntnisse aus der Studie in Handlungsempfehlungen münden, um die Probleme und Maßnahmen besser beraten zu können.

Herr Helling begrüßt es, dass die Debatte über das Thema mit der Studie beginnen könne, da sich weder der Integrationsrat noch der Ausschuss für Soziales und Senioren bisher mit diesem Aspekt auseinandergesetzt habe.

RM Herr Ensmann nimmt Bezug auf die Diskussion im Integrationsrat. Für die CDU-Fraktion sei es wichtig, im zweiten Teil der Studie konkret zu erfahren, wie sich die Situation in Köln darstelle und welche Handlungsnotwendigkeiten sich daraus ergeben.

Insgesamt sei es wichtig, alles Notwendige zu unternehmen, damit Jugendliche mit Migrationshintergrund eine adäquate schulische Ausbildung erhalten und nachher ausbildungsfähig sind und eine Perspektive für die Zukunft bekommen.

RM Frau Hoyer gibt zu, dass sich die Politik bisher zu wenig mit diesem Problem auseinandergesetzt habe. Daher hält sie den zweiten Teil der Studie für interessant und wichtig, um konkrete Maßnahmen ergreifen zu können.

Frau Hoyer greift die Frage der Finanzierung kritisch auf. Sie hält es für fraglich sich in Zeiten knapper Haushaltsmittel ausführlich theoretisch mit dem Thema zu beschäftigen, dann aber für konkrete Maßnahmen evtl. nicht mehr genug Geld zur Verfügung zu haben.

SB Frau Wilden widerspricht der Auffassung, dass die in Rede stehenden Jugendlichen mit Migrationshintergrund ausgegrenzt werden. Vielfach sei es so, dass sich diese Jugendlichen bewusst ausgrenzen wollen.

RM Frau Lüttig teilt mit, ihr sei aufgefallen, dass nur allgemein von Jugendlichen gesprochen werde, obwohl es sich vornehmlich um Männer handle. Sie fragt, ob die „Geschlechtsrollenprägung“ eine Rolle bei der Ausbildung solcher nationalistischer Tendenzen spiele.

SB Herr Dr. Schulz erklärt, es gebe zwar Erkenntnisse, dass auch junge Frauen an dieser Entwicklung teilhaben. Vornehmlich handle es sich jedoch um eine Bewegung junger Männer.

Herr Dr. Schulz weist darauf hin, dass der Fokus sehr stark auf den Jugendlichen liege. Diese Bewegung könne man jedoch nicht nur auf Jugendliche beschränken. Es gebe in diesem Feld durchaus auch Erwachsene und auch solche Personen, die in ihrer wirtschaftlichen Integration sehr weit fortgeschritten seien. Dieser Aspekt sei sehr ernst zu nehmen und sollte in einer weiteren Untersuchung mit aufgenommen werden.

Herr Dr. Schulz hält diesen 2. Teil der Studie für notwendig, da die theoretische Arbeit nicht durch die Praxis ersetzt werden könne.

RM Frau Stahlhofen spricht sich ebenfalls für die Fortführung der Studie aus. Wichtig sei ihr auch eine Betrachtung getrennt nach Geschlechtern.

Herr Prof. Bukow betont, es sei lediglich eine Eingrenzung dieses Phänomens aber keine völlige Beseitigung möglich. Außerdem handle es sich um Prozesse, die eine sehr langfristige Umstellung erfordern.

Herr Prof. Bukow spricht sich daher für eine genaue empirische Untersuchung aus.

Er weist abschließend darauf hin, es gehe hier um eine klassische Männerthematik. In dem Maße wie sich die patriarchalischen Strukturen der rechtsradikalen Ideen lockern, kommen auch Frauen hinzu.

4.7 Persönliches Budget beim Rehabilitationsträger: Amt für Soziales und Senioren Bericht für das Jahr 2009 1495/2010

RM Frau Schmerbach ist verwundert darüber, dass die Anträge auf Leistungen in Form des persönlichen Budgets rückläufig seien.

Sie bittet um Erläuterung, ob die Beratungsstellen Auskunft darüber geben können, welche Instrumente man nutzen könne, um das persönliche Budget stärker an die Menschen heranzuführen, welche Erfahrungen die Beratungsstellen gemacht haben und wie ihre Einschätzungen zu der Thematik aussehen.

RM Frau Lüttig schließt sich der Frage von Frau Schmerbach, wie das persönliche Budget stärker bekannt gemacht werden könne, an. Sie ist verwundert, warum die

Gesamtzahl der persönlichen Budgets aller sieben Rehabilitationsträger für Köln nicht bekannt sei.

Herr Santelmann berichtet, die Verwaltung sei mit den Ergebnissen ebenfalls nicht zufrieden. Die Verwaltung habe in der Vergangenheit versucht, zu erreichen, dass es mehr persönliche Budgets gebe.

Es gebe auch einen intensiven Austausch mit den anderen Rehabilitationsträgern, Dienstleistern und Beratungsstellen. Jedoch weisen andere Rehabilitationsträger leider auch nicht mehr Erfolge auf. Leider könne die Verwaltung über die Gründe nur spekulieren.

Die Verwaltung habe in den letzten Monaten darauf gesetzt, Informationsveranstaltungen durchzuführen, um mehr Werbung für das Budget zu machen. Diese seien noch nicht so erfolgreich gelaufen.

Bei den Rehabilitationsträgern, mit denen die Stadt Köln im Wesentlichen zusammenarbeite, handele es sich um den Landschaftsverband, die Arbeitsagentur und die Kranken- und Pflegekassen.

SB Herr Ladenberger fügt zu den Ausführungen von Herrn Santelmann hinzu, es gebe keine aussagekräftige Analyse, warum das persönliche Budget nicht umfangreicher genutzt werde. Er hält noch Einiges mehr an Einsatz für erforderlich, um einen Systemwechsel zu erreichen. Das persönliche Budget sei auf allen Seiten mit gewissen Unwägbarkeiten verbunden und diese Schwierigkeiten seien noch nicht überwunden.

**4.8 Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom
22.04.2010
hier: Resolution des Rates der Stadt Köln zur Neuorganisation der
Grundsicherung für Arbeitssuchende
1814/2010**

Der Vorsitzende Herr Ott bittet die Verwaltung die Verhandlungen in Berlin weiter zu verfolgen, um die kommunalen Interessen weiter im Blick haben zu können.

5 Wohnen

**5.1 Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau
Änderungs- bzw. Zusatzantrag der SPD-Fraktion
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
1455/2010**

RM Herr Helling erklärt, er wolle die Mitteilung nochmals in der Fraktion diskutieren und bittet darum, die Mitteilung zur nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

RM Herr Ensmann hält eine Wiedervorlage angesichts der enormen Kosten für sinnlos.

Die Ausschussmitglieder stimmen jedoch der Bitte von Herrn Helling nach einer Wiedervorlage zu.

6 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

6.1 Sachstand zur Neuorganisation des SGB II 1492/2010

Diese Mitteilung wurde in der Sitzung am 15.04.2010 auf die Sondersitzung zum Thema ARGE vertagt.

6.2 Bericht aus der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln Hier: Controllingdaten aus März 2010 u.a. 1857/2010

SE Frau Hollmann merkt an, das Projektziel „Gute Arbeit für Alleinerziehende“ sei nicht treffend formuliert. Sie fragt, welche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sich für Alleinerziehende ergeben und wie viele Plätze zur Verfügung stehen und wie viele davon bereits besetzt seien.

Herr Müller-Starmann erklärt, bei dem Projekt gehe es um die Gesamtproblematik von Alleinerziehenden, z.B. was die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen und auch die Gestaltung der Rahmenbedingungen angehe. In der nächsten Zeit werde die ARGE hierzu auch die Öffentlichkeitsarbeit vornehmen.

Die Zahlen werde die ARGE schriftlich nachliefern.

7 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

7.1 Bericht der Behindertenbeauftragten - 05/2010 1877/2010

RM Frau Hoyer fragt, inwieweit das Büro der Behindertenbeauftragten eine Nachbetreuung zu dem Girls Day für Mädchen mit Behinderung übernehme und ob es einen Anreiz gebe, stärker bei Arbeitgebern Plätze für Menschen mit Behinderung einzufordern.

Frau Reinecke teilt mit, erstmalig habe es in diesem Jahr die Situation gegeben, dass nicht alle Plätze bei Arbeitgebern besetzt werden konnten.

Eine besondere Nachveranstaltung sei nicht geplant. Jedoch habe die Verwaltung auf den nächsten Girls Day am 14.04.2011 aufmerksam gemacht, an dem sich auch fast alle Arbeitgeber aus diesem Jahr wieder beteiligen wollen.

Außerdem habe die Verwaltung mit der Planung einer Veranstaltungsreihe für 2011 zum Thema „Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung“ begonnen.

SB Herr Ladenberger weist darauf hin, dass das Ergebnis von 62 % an barrierefreien Wahllokalen noch nicht zufriedenstellend sei. Insgesamt zeichne sich eine positive Tendenz ab.

SE Frau Steinmann weist auf einen Fall hin, bei dem im Rahmen des Umbaus eines Gastronomiebetriebes die früher vorhandene Barrierefreiheit zurückgebaut werde. Dies sei ein Trend, den sie zunehmend bei Umbauten feststellen müsse. Sie fragt nach dem aktuellen Stand und welche Handhabe die Verwaltung gegen solche Rückschritte in Bezug auf die Barrierefreiheit habe.

Frau Reinecke weist auf die gesetzlichen Vorgaben hin. Das Bauaufsichtsamt könne Bauherren auch nachträglich zu Wiederherstellung der Barrierefreiheit zwingen.

Entsprechende Hinweise zu einzelnen Fällen bittet sie, an das Büro der Behindertenbeauftragten zu melden. Frau Reinecke sagt für diese Fälle eine Weiterleitung an das Bauaufsichtsamt weiter.

RM Frau Lüttig ergänzt, es gebe ein Wahllokal auf der Neusser Str. (Weidenpesch) in einer Gemeinschaftsgrundschule, das auf der Wahlbenachrichtigung nicht als barrierefreies Wahllokal gekennzeichnet sei, obwohl es sich um ein neues Gebäude handle. Sie bittet die Verwaltung, diesen Fall zu prüfen.

8 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

9 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

9.1.1 WinWin für Köln?

**hier: Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln vom 11.01.2010
AN/0057/2010**

**Antwort der Verwaltung
0724/2010**

Die Anfrage und Beantwortung wurden in der Sitzung am 15.04.2010 behandelt und haben sich erledigt. Der Punkt wurde irrtümlich wieder auf die Tagesordnung genommen und wird zurückgezogen.

9.1.2 Auszahlungsstopp für Empfänger von SGB II-Leistungen wegen Krankenkassenwechsel

**hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 12.04.2010
AN/0649/2010**

**Antwort der Verwaltung
1831/2010**

Die Antwort der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**9.1.3 Ermessungsbindungen bei Förderentscheidungen
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.03.2010
AN/0546/2010**

**Antwort der Verwaltung
1562/2010**

SB Herr Krücker erklärt, die Verwaltung teile in der Beantwortung mit, dass es im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Differenzierungsmöglichkeiten gebe, um die Kürzungen nach dem „Rasenmäherprinzip“ zu bearbeiten. Er bittet hierzu um nähere Erläuterung und Erklärung, wie diese Differenzierungsmöglichkeiten in der Realität umgesetzt werden sollen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**9.1.4 Brandbrief der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 12.04.2010
AN/0650/2010**

**Antwort der Verwaltung
1579/2010**

Die Anfrage und Beantwortung wurden in der Sitzung am 15.04.2010 behandelt und haben sich erledigt. Der Punkt wurde irrtümlich wieder auf die Tagesordnung genommen und wird zurückgezogen.

**9.1.5 Sozialwohnungen
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 26.02.2010
AN/0365/ 2010**

Die Anfrage und Beantwortung wurden in der Sitzung am 15.04.2010 behandelt und haben sich erledigt. Der Punkt wurde irrtümlich wieder auf die Tagesordnung genommen und wird zurückgezogen.

**9.1.6 Von der ArGe geförderte Maßnahmen nach SGB III, § 46
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 30.03.2010
AN/0595/ 2010**

**Antwort der Verwaltung
1884/2010**

RM Frau Stahlhofen ist mit der Beantwortung nicht zufrieden. Sie habe sich eher vorgestellt, dass die Voraussetzungen für die Teilnehmer genauer geschildert werden.

**9.1.7 Qualifizierungsmaßnahmen in Köln
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 01.03.2010
AN/0409/ 2010**

**Antwort der Verwaltung
1289/2010**

SE Frau Hollmann bittet zu der Anlage um Erläuterung, warum bei einigen Maßnahmen wie z.B. JobBörsen nur die Qualifizierung, nicht aber die Aktivierung angekreuzt sei.

SE Herr Klein fragt, warum bei der Beantwortung zu Frage 2 (Seite 3, 4. Absatz) der konkrete Preis für eine Maßnahme der Verschwiegenheit unterliege und nicht veröffentlicht werden dürfe.

Herr Müller-Starmann, teilt auf die Nachfrage von Frau Hollmann mit, die korrekte Anlage werde der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf die Frage von Herrn Klein teilt Herr Müller-Starmann mit, die Kostenkalkulation bei diesen Maßnahmen und die daraus resultierenden Preise seien nicht Angelegenheit der ARGE. Die Kostenkalkulation nehme der Zertifizierer der beruflichen Weiterbildung vor. Die Preise seien auch zu vielfältig, um eine genauere Darstellung veröffentlichen zu können.

Frau Bredehorst fügt abschließend einige Erläuterungen zum Prinzip der Bildungsgutscheine und dem System der Zertifizierer hinzu.

9.2 Aktuelle Anfragen

**9.2.1 Fortführung der interdisziplinären Frühförderung in Köln
hier: Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom
04.05.2010
AN/0872/2010**

Der Vorsitzende Herr Ott teilt mit, er habe im Schulausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland angefragt, ob der LVR gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt

Köln alle Maßnahmen in diesem Bereich auflisten könne. Der Schuldezernent des LVR habe dies zugesagt und darum gebeten, ihm einen Vertreter der städtischen Verwaltung zu benennen, um mit diesem Kontakt aufnehmen zu können.

Herr Ott merkt an, dass es viele Maßnahmen gebe, die in verschiedenen Fachbereichen, wie z.B. Schule, Soziales, Jugendhilfe, Bezirksregierung, Krankenkassen parallel initiiert werden. Eine Übersicht über die vielen Projekte gehe leicht verloren. Daher bittet Herr Ott die Verwaltung darum, im Rahmen der im Schulausschuss des LVR gestellten Anfrage zu versuchen, diese Maßnahmen nebeneinander aufzulisten.

RM Frau Lüttig nimmt Bezug auf einen fraktionsübergreifenden Prüfauftrag zu diesem Thema im Jugendhilfeausschuss.

Frau Lüttig regt an, dass die Verwaltung eine einzige gemeinsame Vorlage als Antwort auf die Anfragen, die in den Ausschüssen Soziales und Senioren und Schule gestellt wurden, und als Stellungnahme zu dem Prüfauftrag, der im Jugendhilfeausschuss beschlossen wurde, verfassen solle. Außerdem bittet sie darum, diese gemeinsame Vorlage auch allen beteiligten Ausschüssen zur Kenntnis zu geben.

Frau Bredehorst betont ausdrücklich, dass die Verwaltung, seitdem es die neue Frühförderverordnung gebe, sehr intensiv mit den beteiligten Ämtern, d.h. Gesundheitsamt, Amt für Soziales und Senioren und Amt für Jugend, Kinder und Familie aber auch dem Landschaftsverband, zusammenarbeite.

Frau Bredehorst sagt eine gemeinsame Beantwortung mit dem Zusatz von Herrn Ott und der Information der von Frau Lüttig genannten Ausschüsse zu.

9.2.2 Gemeinwesenarbeit in benachteiligten Stadtvierteln hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.05.2010 AN/0895/2010

Der Punkt wurde bereits zusammen mit TOP 4.4 behandelt.

10 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

11 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

12 Ausschussempfehlungen an den Rat

12.1 Neustart Wohnungsbauforum Köln 1407/2010

SE Herr Kossiski nimmt Bezug auf die Aussage aus dem Entwurf der Niederschrift des Stadtentwicklungsausschusses vom 29.04.2010, dass der DGB an einer Mitarbeit im Wohnungsbauforum nicht mehr interessiert sei.

Herr Kossiski betont ausdrücklich, dies sei nicht zutreffend. Dem DGB sei das Wohnungsbauforum sehr wohl wichtig. Herr Kossiski bittet darum, dem DGB die Möglichkeit der Mitarbeit einzuräumen.

RM Frau Stahlhofen merkt an, es seien nur vier Fraktionen im Wohnungsbauforum vertreten. Die Fraktion DieLinke sei nicht darunter.

Sie bittet, den Kreis der Teilnehmer um die Fraktion DieLinke zu erweitern.

Frau Kröger stellt die Auffassung der Verwaltung zu den Anmerkungen von Herrn Kossiski und Frau Stahlhofen dar. Die Verwaltung habe versucht, das Gremium arbeitsfähig zu halten. Derzeit gebe es 30 Mitglieder. Natürlich könne der Rat der Stadt entscheiden, weitere Mitglieder hinzuzunehmen und die Zahl der Fraktionen zu erhöhen.

Darüber hinaus erklärt Frau Kröger, sei es jederzeit möglich, zu den Arbeitskreisen zu bestimmten Themen z.B. den DGB als Gast einzuladen.

Frau Kröger berichtet über den Wunsch des Stadtentwicklungsausschusses, dass auch der Ausschuss für Soziales und Senioren die Vorlage ohne Votum in den Rat verweisen solle, um den Fraktionen bis zur Ratssitzung die Diskussionsmöglichkeit über die Zusammensetzung des Wohnungsbauforums zu geben.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, entsprechend dem Wunsch des Stadtentwicklungsausschusses zu verfahren und die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.2 Finanzierung der Wohnraumberatung durch "wohn mobil" in Trägerschaft von PariSozial gmbH/DPWV ab 01.07.2010
1185/2010**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in den Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**12.3 Eingabe für die Erarbeitung eines Inklusionsplans für Kölner Schulen
(Az.: 02-1600-92/09)
0306/2010**

RM Frau Lüttig bittet, diese Beschlussvorlage gleichzeitig auch dem Jugendhilfeausschuss zur Vorberatung zu geben.

Die Verwaltung nimmt diese Bitte auf.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren vertagt die Entscheidung über die Beschlussvorlage auf die nächste Sitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

13 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

14 Anfragen

**14.1 Antwortschreiben der Kämmerei bezüglich des Brandbriefes der Liga der Wohlfahrtsverbände
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann**

RM Herr Ensmann berichtet, er habe von der Kämmerei einen Antwortbrief auf den Brandbrief der Liga der Wohlfahrtsverbände erhalten. Er bittet, ihm hierzu eine Kopie des Schreibens der Sozialverwaltung an die Liga zukommen zu lassen.

In diesem Zusammenhang macht Herr Ensmann deutlich, dass ein Großteil der Aufgaben, die durch die Liga erbracht werden, von der Stadt Köln finanziert werden. Ausgehend von den bevorstehenden Kürzungen fragt Herr Ensmann, ob die Verwaltung mit der Liga Gespräche führe, um mittelfristig Konzepte für die weitere Arbeit unter den Kürzungen zu erarbeiten. Er bittet um Informationen, wie das konkrete Verfahren in dieser Phase sei. Für die CDU-Fraktion sei es in Anbetracht der anstehenden Haushaltsplanberatungen wichtig, dass eine Koordination erfolge, um Prioritäten setzen und Entscheidungen treffen zu können.

14.2 Finanzierung der Vorsorgemappe der Seniorenvertretung hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann

RM Herr Ensmann berichtet von der Vorsorgemappe der Seniorenvertretung, die sehr stark nachgefragt worden sei. Diese sei derzeit jedoch nicht mehr vorrätig. Er bittet zu prüfen, welche Möglichkeiten es gebe, die Finanzierung eines Neudrucks zu ermöglichen.

SE Frau Kleinpaß-Börschel teilt mit, dies sei nach wie vor ein Problem. Die Seniorenvertretung bemühe sich darum, hierfür einen Sponsor zu finden. Sollte dies nicht gelingen, werde die Seniorenvertretung bei der Stadtverwaltung um eine Finanzierung nachfragen.

Die Verwaltung nimmt diese Anregungen auf und wird den Ausschuss zu gegebener Zeit informieren.

**14.3 Sachstand Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige KAD II
hier: mündliche Anfrage von SE Herr Klein**

SE Herr Klein nimmt Bezug auf die Sitzung vom 14.01.2010, TOP 4.9, Sachstand Kölner Anlaufstelle für Drogenabhängige KAD II. Er fragt nach dem aktuellen Sachstand, ob der Mietvertrag inzwischen unterschrieben worden sei und ob es erste Erfahrungsberichte gebe.

Die Verwaltung sagt eine Information des Ausschusses zu.

**14.4 Vorfall in der Nürnberger Str., Köln-Höhenberg, am 13.04.2010
hier: mündliche Anfrage des Vorsitzenden Herrn Ott**

Der Vorsitzende Herr Ott berichtet über eine Auseinandersetzung zwischen Schülern der Hauptschule und Hausbewohnern der Nürnberger Str. in Köln-Höhenberg am 13.04.2010. Er bittet die Verwaltung, die Politik über den Sachstand auf dem Laufenden zu halten.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Information des Ausschusses zu.

**14.5 Mitteilung zu Festsetzungsmöglichkeiten für den öffentlich-geförderten Wohnungsbau aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschuss am 18.03.2010
hier: mündliche Anfrage von dem Vorsitzenden Herrn Ott**

Der Vorsitzende Herr Ott erinnert an die Bitte aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 15.04.2010, alle Vorlagen aus dem Stadtentwicklungsausschuss, die das Thema Wohnen betreffen, auch dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben.

Konkret bittet Herr Ott, die Mitteilungsvorlage „Festsetzungsmöglichkeiten für den öffentlich geförderten Wohnungsbau“ aus der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 18.03.2010 auch dem Ausschuss für Soziales und Senioren zur Kenntnis zu geben.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

gez. Ott
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)